www.mittelstandsunion-erlangen.de



## Resolution

## zur intendierten Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuerhebesätze

Eine Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuer und der Gewerbesteuer führt zu einer erheblichen Mehrbelastung des Mittelstandes. Wir lehnen sie daher ab!

Die geplante Erhöhung steigert die Steuerlast aller Unternehmen. Besonders trifft die Erhöhung aber den typischen Mittelständler, den Einzelunternehmer und die Personengesellschaft, da die jetzt geplante und die 2011 erfolgte Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze oberhalb des Bereiches liegen, in der die Gewerbesteuer von der Einkommensteuer vollständig in Abzug gebracht werden kann. Wir prangern deshalb auch das Beschwichtigungsargument an, dass die Mehrheit des Mittelstandes die Gewerbesteuer mit der Einkommensteuer verrechnen kann!

Als Vergleichsmaßstab dürfen hier nicht nur die Steuersätze der größere Nachbarstädte Nürnberg und Fürth herangezogen werden, sondern auch die geringeren Sätze der kleineren Nachbarstädte wie Forchheim (350%) oder Herzogenaurach (320%), die damit ansiedlungswillige Unternehmen locken.

Eine Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuer B trifft Unternehmer, wie Privatperson; von der Krankenschwester bis zum Chefarzt und vom Taxifahrer bis zum Gastronom. Immobilien in Erlangen sind ohnehin schon vergleichsweise teuer, Erwerb wie Miete. Die erhöhte Grundsteuer als Teil der Nebenkosten, oft auch schon "zweite Miete" genannt, würde das noch verstärken! Denn die erhöhte Grundsteuer zahlen - §2 BetrKV lässt grüßen - alle, Eigenheimbewohner wie Mieter!

Wenn die Stadt ihre Aufgaben jetzt schon nicht erfüllen kann, oder nur mit Steuererhöhungen (geplantes Volumen 4,4 mio.€) erfüllen kann, sollte allen klar sein, dass damit die jährlichen Unterhaltskosten (7 mio.€) der geplanten Stadt-Umland-Straßenbahn erst recht nicht werden gestemmt werden können.

Wir appellieren an Sie und den Stadtrat, im Sinne investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen in Erlangen diese Vorschläge nicht Wirklichkeit werden zu lassen. Die schwierige Situation des Stadthaushaltes ist uns bewusst. Aber wir können nicht akzeptieren, dass man einerseits auf Bundesebene die Steuerbelastung der deutschen Wirtschaft zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit drosselt, aber auf kommunaler Ebene den entgegengesetzten Weg einschlägt.

Der Stadtrat ist in der Pflicht stattdessen im Rahmen einer Aufgabenkritik im Haushalt Einsparpotentiale zu eruieren und umzusetzen!

Für den Vorstand der Mittelstandsunion.

Dr. Robert Pfeffer Kreisvorsitzender

Alle Bezeichnungen sollen ausdrücklich immer beide Geschlechter umfassen, es unterbleibt alleinig aus Gründen der Übersichtlichkeit.